

17/SN-203/ME

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300363/6 - Df1

Linz, am 9. Mai 1989

DVR.0069264

**Bundesgesetz über sichere Contain-
ner (CSC-Erfüllungsgesetz - CSCG),
Entwurf - Stellungnahme**

Zu GZ 159.400/3-I/5-1989 vom 3. März 1989

An das

**Bundesministerium für
öffentliche Wirtschaft und Verkehr****Radetzkystraße 2
1031 W i e n**

Betrifft	GESETZENTWURF
Zu	24. GE 9
Datum:	17. MAI 1989
Verteilt:	19. Mai 1989

A. Klausgraber

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 3. März 1989 versandten Gesetzentwurf samt Er-
läuterungen wie folgt Stellung zu nehmen:

Im § 4 Abs. 3 und 5 des Entwurfs sind Regelungen vorgese-
hen, die sich offensichtlich an den Bestimmungen des § 360
Abs. 2 GewO. 1973, in der Fassung vor Inkrafttreten der
Gewerberechtsnovelle 1988, BGBl.Nr. 399, am 1.1.1989 orien-
tieren.

Insbesondere die im Entwurf verwendeten Wortgruppen: "In
Fällen drohender Gefahr ..." sowie: "In Fällen unmittelbar
drohender Gefahr ..." haben sich aber in der Verwaltungspra-
xis als nicht zweckmäßig erwiesen. Zudem bildete die Anwen-
dung der entsprechenden Bestimmung des § 360 Abs. 2 GewO.
1973 häufig Anlaß zu aufhebenden Verwaltungsgerichtshofent-
scheidungen.

- 2 -

Aus diesem Grunde wurde auch § 360 Abs. 2 GewO. 1973 durch die Gewerberechtsnovelle 1988, BGBl.Nr. 399, wesentlich geändert. Der Durchführungserlaß des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten führt hiezu aus:

"Notmaßnahmen nach dem zweiten Satz des bisherigen § 360 Abs. 2 durften nur getroffen werden, wenn Gefahr unmittelbar droht. Die exakte Feststellung, ob im konkreten Fall drohende Gefahr oder unmittelbar drohende Gefahr besteht, war aber zeitaufwendig und ließ daher wirkungsvolle Sofortmaßnahmen zur Gefahrenabwehr nicht zu.

Nach der jetzigen Fassung sind deshalb solche Notmaßnahmen schon zulässig, wenn die Behörde Grund zur Annahme hat, daß zur Gefahrenabwehr Sofortmaßnahmen an Ort und Stelle erforderlich sind."

Es wird daher angeregt, die einschlägigen Formulierungen im § 3 Abs. 3 und 5 des Entwurfs jenen des § 360 Abs. 2 GewO. 1973 (neu) anzupassen.

Abschließend muß noch bemerkt werden, daß durch die vorgesehene Vollziehung dieses Gesetzes durch Landesbehörden im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung erhebliche Personal- und Sachkosten für die Länder entstehen werden. Durch diese einseitige Belastung der FAG-Partner Länder scheint die Finanzausgleichsgerechtigkeit beeinträchtigt zu sein.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. E. P e s e n d o r f e r

Landesamtsdirektor

- 3 -

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300363/6 - Df1

Linz, am 9. Mai 1989

DVR.0069264

- a) Allen
 oberösterreichischen Abgeordneten zum
 Nationalrat und zum Bundesrat
- b) An das
 Präsidium des Nationalrates
 1017 W i e n , Dr. Karl Renner-Ring 3

- c) An alle
 Ämter der Landesregierungen
- d) An die
 Verbindungsstelle der Bundesländer
 beim Amt der NÖ. Landesregierung
 1014 W i e n , Schenkenstraße 4

(25-fach)

zur gefälligen Kenntnis.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. E. P e s e n d o r f e r

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: